

Das Wochenmagazin der SPÖ

spoe.at
Gastkommentar von
Helene Schuberth, Ökonomin

SPÖ

Aktuell

15. Jänner 2010 • Nr. 1 • 0,73 Euro



SPÖ: Start ins politische Jahr

**Gemeinsam für ein
gerechteres Österreich**

Die SPÖ ist mit vollem Schwung in das politische Jahr 2010 gestartet. Zwei Tage lang wurden im burgenländischen Bad Tatzmannsdorf wichtige Schwerpunkte der sozialdemokratischen Politik erarbeitet. Unser erstes Heft im neuen Jahr bringt alle Fakten zu strengerer Regeln für den Finanzmarkt und zur großen Bildungsreform – beides Kernthemen der Arbeitsklausur.

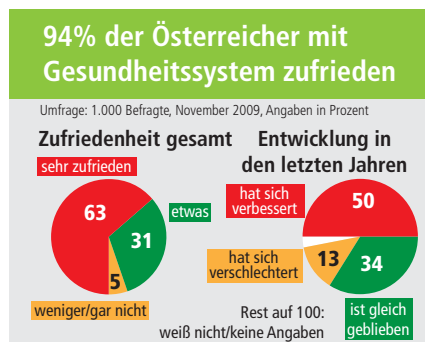
Breiten Raum widmen wir auch dem derzeitigen politischen Aufreger Nr. 1 – dem Asyl-Erstaufnahmezentrum. Verteidigungsminister Norbert Darabos erklärt im „SPÖ Aktuell“-Interview, warum Fekters „Mit dem Kopf durch die Wand“-Methode gerade bei dieser hochsensiblen Thematik nicht geht. Für den dieswöchigen Gastkommentar konnten wir die renommierte Ökonomin Helene Schubert gewinnen. Sie plädiert für Regulierungsmaßnahmen für den Finanzsektor – was sich angesichts des Hypo-Desasters einmal mehr als dringend notwendig herausstellt.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Asyl-erstaufnahmezentrum	4
Interview mit Norbert Darabos	5
SPÖ -Präsidiumsklausur	6
Der Hypo-Skandal	8
30 Jahre „INTERNATIONAL“	10
Gastkommentar von Helene Schubert	14

THEMEN DER WOCHE



Grafik: SPÖ, Quelle: APA

Österreicher mit Gesundheitssystem zufrieden

In einer aktuellen Umfrage des Instituts für Strategieanalysen bekommt das heimische Gesundheitssystem ein durchwegs positives Zeugnis ausgestellt: „94 Prozent der Menschen sind mit dem Gesundheitssystem zufrieden“, kommentiert Gesundheitsminister Alois Stöger das Ergebnis der Befragung. Die Hälfte der Österreicher findet, dass sich die Gesundheitsversorgung verbessert hat. ♦

mitreden.spoe.at

Meinungsforum: Nationalbank: Jetzt zu 100 Prozent verstaatlichen?

Die SPÖ hat es seit langem gefordert, die ÖVP stimmt jetzt endlich einer Vollverstaatlichung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) zu. Diese Verstaatlichung wäre ein wichtiger Baustein für eine neue Finanzarchitektur, in der der Markt den Menschen dient und nicht umgekehrt.

Diskutieren Sie unter **mitreden.spoe.at** mit, ob die Vollverstaatlichung der OeNB geeignet ist, um das wichtigste Kontrollinstrument der Republik zu stärken.



Bilderbox

Neuer BZÖ-Parteienfinanzierungs-Skandal

„Schenkt man der aktuellen ‚News‘-Ausgabe Glauben, so steckt der neue Strache-Kumpare und FPK-Funktionär Uwe Scheuch mitten in einem Parteispenden-Skandal der besonderen Art“, so SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas. Scheuch habe im Gegenzug zu großzügigen Zuwendungen an das BZÖ einem russischen Investor angeboten, als „part of the game“ für dessen österreichische Staatsbürgerschaft zu sorgen: „So sehen also die selbsternannten Saubermänner aus dem rechten Lager aus“, sagte Rudas über den angeblichen, weiteren Politik-Skandal in Kärnten. ♦

Zitat der Woche

„Die Vollverstaatlichung ist ein erster Baustein für eine neue Finanzarchitektur, in der der Markt den Menschen dient und nicht umgekehrt.“

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer zur Verstaatlichung der OeNB



Pertramer

SPÖ-Wirtschafts-sprecher und Spitzenkandidat Christoph Matznetter

Auftakt zur Wirtschaftskammerwahl

Im Wiener Presseclub Concordia fand die Auftaktveranstaltung des Bundeswahlkampfes der Wirtschaftskammerwahlen statt. Spitzenkandidat Christoph Matznetter präsentierte die Kernforderungen und das Wahlprogramm des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes. „Die kleinen Betriebe in Österreich leiden an einer Krise, die sie nicht verschuldet haben. Hier ist dringender Handlungsbedarf“, so Matznetter, der ebenfalls ein Paket für Kleinunternehmen, die an der gegenwärtigen Kreditklemme leiden, fordert. ♦

www.gesundheit.gv.at online

Das Internet ist eine der am häufigsten genutzten Informationsquellen für Gesundheitsfragen. Gesundheitsminister Alois Stöger hat daher das Portal www.gesundheit.gv.at in Auftrag gegeben. „Ich sehe darin einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Patientinnen und Patienten. Nur wer informiert ist, kann sich auch an den Entscheidungen, die seine eigene Gesundheit betreffen, beteiligen“, so Stöger. Das Angebot der barrierefreien Website enthält qualitätsgesicherte und unabhängige Informationen über verschiedenste Gesundheitsthemen, dient aber auch als Wegweiser in Rechtsfragen oder hilft bei



der Suche nach Spezialisten. Künftig wird über die Seite auch der Zugang zur Elektronischen Gesundheitsakte ELGA möglich sein. ♦



Keine Angst vorm Volk!

Humanität, der Wunsch nach sozialem Ausgleich und Solidarität sind Teil der österreichischen Seele.

Viele Menschen haben den Eindruck, dass sich die Politik immer mehr von ihnen entfernt. Entscheidungen wirken oft abstrakt und sind nicht greifbar oder kaum mehr nachvollziehbar. Die Diskussion der letzten Tage hat ihres dazu beigetragen.

Die Bevölkerung in Entscheidungen einzubinden, ist kein Ersatz, sondern Ergänzung zur politischen Meinungs- und Entscheidungsfindung und gerade dort besonders wichtig, wo politische Entscheidungen den unmittelbaren Lebensraum betreffen. Viele Menschen haben das Gefühl, sie hätten keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen, die in Österreich getroffen werden außer alle 5 Jahre bei Wahlen. Was spricht also gegen Volksbefragungen, Bürgerversammlungen – was dagegen, dass Menschen in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden?

„Wir waren schneller als die Verhinderer“, erklärte Maria Fekter als Rechtfertigung, warum sie weder den Koalitionspartner noch den Landeshauptmann bzw. die Bevölkerung vom Erstaufnahmezentrum in Eberau informiert hat. Das war der Satz, den ich persönlich in der ganzen Diskussion am zynischsten fand.

Aus diesem Satz spricht eine gewisse Arroganz. Die Bevölkerung wird als „Verhinderer“ bezeichnet und im Vorhinein wird davon ausgegangen, dass sie allem neuen gegenüber negativ eingestellt ist.

Im Zuge der Debatte der letzten Tage, habe ich leider viel Zynismus erlebt. Manche „selbsternannten“ Meinungsbildner reden über „die Menschen“ als wären sie selbst eine Ausnahme – die Arroganz der selbst ernannten Elite. Die Wahrheit sieht anders aus: Jedes Jahr besuche ich die MA 48 in meinem Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus. Einer der Bediensteten erzählte mir, wie er als Kind die Ungarn, die 1956 über

die Brücke von Andau kamen, mit Decken versorgt hat.

Österreich hat die Ungarn 1956 mit offenen Armen empfangen. Es war nachvollziehbar für sie, dass Menschen aus einer Diktatur flüchten und ihre Kinder in Sicherheit wissen wollen. Auch viele Flüchtlinge des ehemaligen Jugoslawien kamen nach Österreich und von Angst war keine Rede – so ist es auch heute keine Frage, dass



Österreich hat die Ungarn 1956 mit offenen Armen empfangen. Es war nachvollziehbar für sie, dass Menschen aus einer Diktatur flüchten und ihre Kinder in Sicherheit wissen wollen.

Menschen, die aufgrund ihrer Religion oder aufgrund ihrer politischen Einstellung verfolgt werden, Zuflucht finden müssen. Fair aufgeteilt in Österreich, in Italien, Deutschland und allen anderen Ländern der EU.

Wie man allerdings mit Flüchtlingsströmen umgeht, kann und soll diskutiert werden. Wir sind sicher nicht die Schutzpatrone der Schlepperbanden und der organisierten Kriminalität. Jenen Unternehmen, die Flüchtlinge für Schwarzarbeit ausnutzen und ihnen beim Untertauchen helfen, ist das Handwerk zu legen. Asylmissbrauch ist zu bekämpfen.

Ministerin Fekter wollte durch eine

Nacht- und Nebelaktion ein drittes Asyl-Erstaufnahmezentrum erzwingen, um die von ihren Vorgängern verursachte Überlastung in Traiskirchen und Thalham zu überspielen. Schlimm genug, dass es soweit kommen musste, aber Frau Fekter setzt noch einen drauf. Mit beispielloser Dreistigkeit übergeht sie nicht nur Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl sondern auch gleich die gesamte Einwohnerschaft der kleinen Gemeinde Eberau. Immer wieder hat sie Flüchtlinge mit Kriminellen gleichgesetzt und so zu einer negativen Stimmung innerhalb der Bevölkerung beigetragen. Logisch, dass die ÖVP jetzt Angst hat, die Bevölkerung in die Suche nach neuen Standorten einzubinden.

Die Sozialdemokratie hat sich klar geäußert: Mit uns gibt es kein „Drüberfahren“ über die Bevölkerung, schließlich machen wir Politik für und nicht gegen Menschen. Dass dies der richtige Weg ist, hat die Steiermark eindrucksvoll bewiesen. Hier ist die Volksbefragung zum Schubhaftzentrum positiv ausgefallen. Für uns steht daher fest: Wichtig ist, dass bei der weiteren Suche die Bevölkerung und die Landeshauptleute eingebunden werden. Mit welchem Mittel, ist im konkreten Fall zu prüfen.

Ich bin froh darüber in einem Land zu leben, in dem mündige Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme erheben, wenn sie rücksichtslos übergangen werden. Menschen widersetzen sich, wenn sie das Gefühl haben, es wird über ihre Köpfe hinweg entschieden. Eine selbstbewusste Politik spricht aber eben nicht über „die Menschen“ sondern stellt sich auf Augenhöhe den persönlichen Erfahrungen, Ängsten, Sorgen und Wünschen ihrer Wählerinnen und Wähler.

Im Übrigen – für alle die es nicht wissen – die Brücke von Andau ist im Burgenland – wo sonst! ♦

ASYLPOLITIK

Bevölkerung muss bei miteinbezogen werden

Im März wird in Eberau und den umliegenden Gemeinden eine Volksbefragung zum Thema Asyl-Erstaufnahmezentrum durchgeführt. Die SPÖ, allen voran Bundeskanzler Werner Faymann, Verteidigungsminister Norbert Darabos und Landeshauptmann Hans Niessl sprechen sich für eine Beteiligung der Bevölkerung an dieser Entscheidung aus.



Im März findet die Volksbefragung zum Asyl-Erstaufnahmezentrum statt.

dig, steht auf verfassungsrechtlich dünnen Beinen und wird von der SPÖ klar abgelehnt. Der Vorstoß Fekters war eine mehr als durchsichtige Strategie, mit der sie von ihrem unsäglichem Verhalten in Eberau ablenken will. Für die SPÖ ist klar, dass eine menschliche Lösung in der Asylfrage gefunden werden muss. „Die SPÖ ist gegen die generelle Inhaftierung. Eine Haft ohne Grund wird es mit der Sozialdemokratie nicht geben“, betonte Verteidigungsminister Norbert Darabos. Im Falle von Missbrauch soll dagegen vorgegangen werden können, aber der Schutz der Menschen muss gewährleistet sein. Wichtig ist, dass die Asylverfahren beschleunigt werden. Dabei muss überprüft werden, ob bei Einhalten der Quoten durch die Bundesländer ein drittes Erstaufnahmezentrum überhaupt notwendig ist. Falls ja, muss die Bevölkerung in den Entscheidungsprozess eingebunden werden.

Niessl befragt burgenländische Gemeinden

Eine kurze Chronologie der Ereignisse: Nachdem Innenministerin Fekter das Burgenland mit dem neuen Standort Eberau für ein Asyl-Erstaufnahmezentrum ohne Vorgespräch überrumpelt hatte, forderte Bundeskanzler Werner Faymann, dass in Eberau und den umliegenden Gemeinden eine Volksbefragung stattfinden soll. Das Ergebnis dieser bereits von drei Parteien im Landtag beschlossenen Volksbefragung in

drei Bezirken des Burgenlandes, also die Meinung der Bevölkerung, muss bindend sein. Dann startete Fekter mit einem radikalen Vorschlag einen verzweifelten Versuch, „ihr“ Asylzentrum Eberau doch noch durchzusetzen: Sie will asylsuchende Menschen wie Verbrecher in Lager einsperren. Der – wieder einmal nicht mit dem Koalitionspartner abgesprochene – Vorschlag von Fekter ist eines Rechtsstaates unwür-

Der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl wies darauf hin, dass das Burgenland die Asylwerberquoten erfüllt, und auch seit vielen Jahren ein Schubhaftzentrum in Eisenstadt hat. Er pocht auf eine faire Verteilung auf alle Bundesländer. „Asyl mit Maß und Ziel“ bedeute Menschlichkeit und Augenmaß und aktive Bürgerbeteiligung. Es bedeute jedoch nicht, dass das Burgenland die Aufgaben übernehmen



Zimmer

Bundeskanzler Werner Faymann über den Umgang mit Asylsuchenden:
„Wir müssen Schutz gewährleisten und Missbrauch bekämpfen.“



SPÖ

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas: „Der erste Schritt ist, die Verfahren für Asylwerber zu beschleunigen und zu überlegen, wie die Anzahl an Menschen in Erstaufnahmezentren gesenkt werden kann.“



Erstaufnahmezentrum

könne, für die laut Staatsvertrag andere Länder zuständig wären, so Niessl. Das Burgenland ist immer sehr kooperativ gewesen, keineswegs ist aber die Vorgangsweise der Innenministerin akzeptabel. Ein Drüberfahren darf es nicht geben, so Niessl. Der Landeshauptmann fordert die Innenministerin und die ÖVP auf, das in Eberau ausgehende Ergebnis der Volksbefragung als bindend zu akzeptieren. Niessl spricht sich für ein „Gesamtkonzept“ aus: Dieses soll kürzere Asylverfahren mit einer Dauer bis zu einem Jahr sowie mehr Polizei vorsehen, um illegale Grenzübertritte von Asylwerbern aus den neuen EU-Ländern nach Österreich zu unterbinden.

Einigung über weitere Vorgehensweise

Nach einem Gespräch zwischen Fekter und Darabos wird nun wieder konstruktiv gearbeitet. Bis Ende Jänner werden sie einen Dialog über die Verkürzung der Verfahrensdauer sowie offene Fragen wie die Senkung der Anzahl der Menschen in Asyl-Erstaufnahmezentren führen oder ob weitere Zentren notwendig sind. Diese Fragen werden unter Einbindung der Landeshauptleute besprochen. Fekter will der SPÖ bald einen verfassungskonformen Entwurf dazu übermitteln. „Es ist zu begrüßen, dass Innenministerin Fekter nach ihrem Alleingang wieder auf den Weg des konstruktiven Handelns zurückfindet“, so SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas, die Fekter auffordert, eine Bedarfserhebung durchzuführen. „Es ist erfreulich, dass die Asyl-Debatte nun wieder auf eine sachliche Ebene gestellt wird. Die Österreicherinnen und Österreicher haben Flüchtlingen in Notsituationen immer geholfen. Deshalb haben sie es sich nicht verdient, dass in einer so sensiblen Frage hinter ihrem Rücken entschieden wird“, so Rudas. ◆

„Ein genereller Freiheitsentzug für sämtliche Asylwerber über eine längere Zeitspanne wird es mit der SPÖ nicht geben. Eine Präventivhaft von Menschen, die nichts verbrochen haben, ist verfassungswidrig.“

Verteidigungsminister Norbert Darabos

INTERVIEW

Norbert Darabos für intensiven Dialog mit der Bevölkerung

Verteidigungsminister Norbert Darabos spricht mit SPÖ Aktuell über den Versuch von Innenministerin Fekter, die burgenländische Bevölkerung zu überrumpeln und spricht sich für die Einbindung der Bevölkerung bei diesem heiklen Thema aus.

SPÖ Aktuell: Die Innenministerin scheint jetzt doch über Alternativstandorte nachzudenken. Es muss nicht mehr Eberau sein...

Norbert Darabos: Ministerin Fekter hat eingesehen, dass man eine derart sensible Frage in dieser Form nicht lösen kann. Mit dem Kopf durch die Wand geht das nicht. Wenn Sie schon vor zwei Monaten mit mir gesprochen hätte, dann hätte ich ihr gesagt, dass erstens Eberau nicht der geeignete Standort ist und zweitens Tarnen und Täuschen zwar ein militärisches, aber sicher kein politisches Erfolgsrezept ist.

Sollte künftig die Bevölkerung stärker eingebunden werden?

Norbert Darabos: Die Volksbefragung in Eberau halte ich für richtig. Generell sollte bei Asyl-Projekten ein intensiver Dialog mit der betroffenen Bevölkerung geführt werden. Beim Schubhaftzentrum in Vordernberg hat das funktioniert. Das ist politische Knochenarbeit, die aber gemacht werden muss.

Wie stehen Sie zur Debatte um eine generelle Anwesenheitspflicht?

Norbert Darabos: Wenn die Innenministerin einen Gesetzesentwurf vorlegen will, kann sie das machen. Wenn ich das Wehrgesetz ändern will, kann mich die ÖVP ja auch nicht an einem Vorschlag hindern. Ich stel-



HBf/Wenzel

Norbert Darabos will den Dialog mit der Bevölkerung.

le aber klar: Ein genereller Freiheitsentzug für sämtliche Asylwerber über eine längere Zeitspanne wird es mit der SPÖ nicht geben. Eine Präventivhaft von Menschen, die nichts verbrochen haben, ist verfassungswidrig. Die ÖVP findet aber auch in dieser Frage zurück zur Vernunft: Laut Vizekanzler geht es der Innenministerin ja „nur“ um jene Asylwerber, die „unkooperativ“ sind. Es müssen also doch Gründe vorliegen... ◆

Ö3

„Asyl mit Maß und Ziel“ bedeute Menschlichkeit und Augenmaß und aktive Bürgerbeteiligung. Es bedeutet jedoch nicht, dass das Burgenland die Aufgaben übernehmen könne, für die laut Staatsvertrag andere Länder zuständig wären, so Landeshauptmann Hans Niessl.

„Gemeinsam für ein gerechteres Österreich“

Zum Auftakt des Arbeitsjahres 2010 kam das erweiterte SPÖ-Präsidium in Bad Tatzmannsdorf zusammen.



Fotos: Lehmann

Die zweitägige SPÖ-Präsidiumsklausur in Bad Tatzmannsdorf gab den Auftakt für ein neues Arbeitsjahr – voller Elan und mit großen Vorhaben startet das SPÖ-Team ins Jahr 2010.



Bildungsoffensive und Bau der Neuen Mittelschule in Österreich – dafür sprachen sich Bildungsministerin Claudia Schmied und Bundeskanzler Werner Faymann aus.

Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl und Bundeskanzler Werner Faymann bei der Pressekonferenz in Bad Tatzmannsdorf



Die Bildungsoffensive, strengere Regeln für den Finanzmarkt und das Thema Asyl – das waren die Kernthemen der zweitägigen Präsidiumsklausur, die unter dem Motto „Gemeinsam für ein gerechteres Österreich“ stand. Das Programm der Arbeitsklausur war überaus dicht: Nach einem Vortrag von Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny präsentierte Bundeskanzler Werner Faymann ein Paket an Vorschlägen für neue Prinzipien für den Finanzmarkt. Ein zentrales Thema bei der Arbeitsklausur war auch die Debatte um das Erstaufnahmezentrum Eberau.

Der Nachmittag des ersten Tages der Arbeitsklausur stand dann ganz im Zeichen der Bildung – dem Herzstück der SPÖ. Wie der erste war auch der zweite Tag geprägt von konstruktiven Gesprächen und spannenden Diskussionen zu zentralen Themen der Zukunft.

Zusammenfassend kann somit gesagt werden: Die zweitägige Präsidiumsklausur in Bad Tatzmannsdorf war der gelungene Start in das Arbeitsjahr 2010, in welches die SPÖ mit voller Kraft und vielen gemeinsamen Vorhaben aufbricht. ♦



FINANZMÄRKTE

SPÖ fordert neue Prinzipien für den Finanzmarkt

Die Finanzmarktkrise, deren Konsequenzen sowie eine Evaluierung der bereits gesetzten Konjunktur- und Kaufkraft-Maßnahmen standen als erstes auf der Tagesordnung der SPÖ-Präsidiumsklausur. Der Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Ewald Nowotny diskutierte mit.

Die SPÖ präsentierte in Bad Tatzmannsdorf das Maßnahmenpaket der Sozialdemokratie zu einer neuen Finanzmarktarchitektur. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei einer stärkeren Finanzmarktaufsicht und dem entschlossenen Kampf gegen Spekulation gewidmet. Ein Regulierungspaket für die europäischen Finanzmärkte – es sieht Maßnahmen wie etwa die Finanztransaktionssteuer und ein Durchbrechen des monopolartigen Marktes der Rating-Agenturen vor als auch ein Reformpaket für Österreichs Finanzmarkt – z.B. Entwicklung eines Bankeninsolvenzrechts, Abschaffung der Spekulationsfrist, Beschränkungen der Landeshaftungen für Banken – als Grund-

lage für Verhandlungen mit dem Koalitionspartner vor.

„Einiges an Stützung und konjunktureller Unterstützung kann noch zugelegt werden“, sagte Werner Faymann im Zuge einer Pressekonferenz über die Möglichkeit neuer Konjunkturmaßnahmen. Der Kanzler betonte weiters, dass nicht nur im Bereich der öffentlichen Investitionen, sondern auch weitere Beschäftigungsmaßnahmen notwendig sind, um die Krise zu überwinden. Und weiter: „Im Budget des Sozialministers werden im Rahmen eines weiteren Konjunkturprogramms zusätzliche Beschäftigungsmaßnahmen gesetzt werden – das haben wir in der Bundesregierung vorausschauend so festgelegt.“ ♦

Lehmann



OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny stand der SPÖ für die Diskussion des Maßnahmenpakets für die Finanzmärkte beratend zur Seite.

SCHULE

Voller Einsatz für die Bildung

Das Thema Bildung war eines der Kernthemen bei der SPÖ-Präsidiumsklausur. Bundeskanzler Werner Faymann und Bildungsministerin Claudia Schmied betonten, dass die ÖVP beim Ausbau der Neuen Mittelschule endlich von der Bremse steigen soll.



Volles Engagement für die Bildungsreform für Österreich: Bundeskanzler Werner Faymann und Bildungsministerin Claudia Schmied.

Für die SPÖ ist klar: Das Erfolgsprojekt Neue Mittelschule (NMS) und auch die ganztägigen Schulformen müssen ausgebaut werden. „Denn der Bedarf und die Nachfrage sind längst

Jantzen

viel höher“, so der Bundeskanzler. Daher muss die Zahl des Angebots der NMS von 10 auf 20 Prozent verdoppelt werden. Für Schmied „wäre es schade, wenn wir bei der Neuen Mittelschule die innovativen Kräfte enttäuschen müssen, nur weil es nicht gelingt, die ÖVP von einer Dynamisierung der 10-Prozent-Grenze zu überzeugen“. Die ÖVP habe noch bis Ende Jänner Zeit zu entscheiden, ob sie weiter blockiert oder endlich dem so wichtigen Ausbau der NMS zustimmt. Auch bei den großen anstehenden Projekten, wie z.B. der gemeinsamen Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer und dem neuen Dienstrecht, werde man „gemeinsam voranschreiten und alle Beteiligten mit auf den Weg nehmen“.

Deshalb startet die Bildungsministerin noch in diesem Monat eine große Dialogtour durch die Bundesländer zur Intensivierung der Kommunikation mit den Lehrern. Mit der ebenfalls im Jänner startenden Kampagne „Bildungsreform für Österreich“ soll das Thema Bildung in der Öffentlichkeit positiv verankert werden. Außerdem werden Ende Jänner sowohl die Befragungsergebnisse in Sachen ganztägige Schulangebote als auch die Resultate der Befragung der Lehramtsstudierenden vorgestellt. Die kommenden Gespräche zum neuen Lehrer-Dienstrecht werden auf breiter Basis stehen: „Das Bundeskanzleramt, das Finanzministerium, die Gewerkschaft und mein Ressort bereiten sich intensiv auf gemeinsame Verhandlungen vor“, so Schmied. ♦

HYPO-DESASTER

SPÖ fordert Sicherstellung lückenloser Hypo-Aufklärung

In der Hypo-Causa tauchen laufend neue Skandale auf. Nun steht sogar der Verdacht der illegalen Parteienfinanzierung im Raum.



APA/Eggenberger

einer Systembank, mit unabschätzbaren Folgen für das Land, abgewendet. Bei der Rettung der Bank ist der SPÖ-geführten Bundesregierung auch ein gelungen: Die Alteigentümer wurden entsprechend in die Pflicht genommen. Jene Eigentümer, die durch ihr Verhalten eine Mitschuld am Zustand des Instituts tragen, müssen nun 1,05 Milliarden Euro an neuem Geld in die Bank geben. Während das BZÖ und die Kärntner ÖVP nach wie vor keine Fehler zugeben wollen, forderte die SPÖ vom ersten Augenblick der Katastrophe an eine lückenlose Aufklärung der Vorkommnisse. Die SPÖ wird ganz genau darauf achten: Was ist in der Hypo Alpe Adria passiert und wer war dafür verantwortlich? Nachdem die bisherigen Eigentümer nicht in der Lage waren, ihre Bank zu kontrollieren, ist jetzt die unabhängige Justiz gefragt. Mittlerweile steht sogar der

Verdacht der illegalen Parteienfinanzierung im Raum.

Insiderhandel und Parteienfinanzierung?

Bereits unmittelbar nach Unterzeichnung des Kaufvertrags durch den damaligen BayernLB-Chef Werner Schmidt und dem damaligen Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider und VP-Landesrat Josef Martinz wurde der Verdacht des Insiderhandels und der Parteienfinanzierung erstmals geäußert. Zuletzt waren wieder Berichte aufgetaucht, wonach das Kärntner BZÖ (heute FPK) und die ÖVP im Zuge des Verkaufes der Kärntner Hypo an die BayernLB im Jahr 2007 Gelder in Millionenhöhe erhalten haben sollen.

Zähe Ermittlungen der Justiz

Obwohl das Innenministerium bereits im Dezember eine eigene Sonderkommission



Zinner

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fordert die Sicherstellung einer lückenlosen Aufklärung des Hypo-Sumpfes.

(„SOKO Hypo Alpe Adria“) mit Ermittlungen beauftragte, sind noch keine Ermittlungsergebnisse in Sicht. Während in Deutschland mittlerweile von vier auf sieben Staatsanwälte, die sich diesem Fall widmen, aufgestockt wurde, war in Österreich bisher nur ein einziger Staatsanwalt dafür zuständig. Für SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer erhärtet sich daher zunehmend der Eindruck, „dass vor allem in Wirtschaftscasen die Ermittlungen der Justiz zäh und äußerst langsam verlaufen. Das schadet dem Image der Justiz massiv.“ Für Beamtinnenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Jan Krainer ein Umstand, der durch eine Umschichtung von Justiz-Personal ausgeglichen werden mußte.

Pikantes Detail: FPÖ bekam Parteienförderung zugesprochen

Jahrelang hat die FPÖ nach der Abspaltung des BZÖ über Parteienförderungen gestritten. Sie bekam nun überraschend recht und 1,2 Millionen Euro für zwei Jahre ausbezahlt – nur wenige Wochen vor der Kooperation zwischen FPÖ und BZÖ und ohne definitive Zahlungsverpflichtung. Das Höchstgericht gab der geschrumpften Landes-FPÖ recht. LH Dörfler will selbstverständlich keine schiefe Optik erkennen. ♦

Wer profitierte vom Verkauf der Hypo Alpe Adria?

„Der Dunstkreis von politischem Machtmissbrauch, Geschäftemacherei und Versorgung von Günstlingen mit Hilfe willfähriger Banken sowie damit verbundener Absicherung politischer Macht muss als katastrophale gesellschaftspolitische Missbildung der Jahre 2000 bis 2006 restlos aufgedeckt werden.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

Die Pleite der Hypo Alpe Adria und die damit einhergehende Notverstaatlichung durch den Bund war die Folge von verantwortungslosem Wirtschaften der Eigentümer und Ausfluss der verantwortungslosen Politik der Kärntner Landesregierungsparteien BZÖ und ÖVP. Mit der Verstaatlichung wurde den Sparinnen und Sparern Sicherheit gegeben und vom Finanzplatz Österreich die Pleite

ORF-PUBLIKUMSRATSWAHL

„Gute Unterhaltung ist ein Menschenrecht“

Als Musical-Darstellerin brillierte sie in unzähligen Rollen, 2005 wurde sie „Dancing Star“-Siegerin. Marika Lichter kandidiert für den Publikumsrat des ORF – und sagt im Interview mit SPÖ Aktuell, was sie ändern will.

SPÖ Aktuell: Warum Publikumsrat?

Marika Lichter: Ich wollte eigentlich zuerst ablehnen und nicht noch mehr Arbeit und Verantwortung übernehmen, aber Freunde haben mich überredet. Ich möchte mich mit meiner ganzen Überzeugungskraft dafür einsetzen, dass heimische Autoren und Komponisten mehr Präsenz bekommen!

Sie kandidieren in der Sparte Bildung; Bildungsauftrag und Unterhaltungskunst – geht das zusammen?

Darauf kann man nur mit dem großen Leonard Bernstein antworten, dem zeitlebens die Kategorisierung in „Unterhaltungsmusik“ und „ernste Musik“ ein Gräuel war.

Heimische Autoren und Komponisten – was wäre da wichtig?

Da gibt es hervorragende Beispiele, an denen der ORF Anleihe nehmen könnte. Die Wolf-Haas-Krimis waren als Kinofilme schöne Erfolge. Das Land hat über unsere Popmusik hinaus zeitgenössische Komponisten und Arrangeure von Weltgeltung. Unsere Theaterlandschaft versorgt den gesamten deutschen Sprachraum mit Ta-

lenten. Wir sind Festspielkaiser in Europa. All das könnte sich im ORF deutlicher abbilden.

Wissen Sie, was das Publikum tatsächlich will?

In aller Bescheidenheit: Ich hab da, glaube ich, ein ganz gutes Gespür! Schließlich bin ich schon eine Zeit lang in der Unterhaltungsbranche unterwegs. Aber ich will nicht arrogant sein: Sollte ich in den Publikumsrat gewählt werden, dann kann mir jeder ORF-Zuseher selbstverständlich seine Anliegen schreiben – bei mir war das Publikum immer schon König. Und wird es erst recht in Zukunft sein!

Fernseh-Ombudsfrau Marika Lichter, sozusagen?

Warum nicht? Gute Unterhaltung ist ein Menschenrecht. Da werde ich streitbar sein. Und alle, die mich kennen, wissen, dass ich das ernst meine! Ich hab auch für meine Benefizaktion immer gekämpft – mit Erfolg. Meine stärkste Waffe ist die Hartnäckigkeit und mein Glaube an das, was ich tue. Und das will ich im Sinne der ORF-Kunden einsetzen.

Gibt's auch noch andere Gründe, als ORF-Gebührenzahler bei der Publikumsratswahl mitzumachen?

Selbstverständlich! Nämlich fünf weitere: den Beppo Mauhart, den Siegfried Meryn, den Peter Pacult, die junge Sportlerin Corina Korner und die Konsumentenschützerin Daniela Zimmer. Wir sechs treten als Team an – und jeder wird in seinem Kompetenzbereich schauen, dass was weitergeht für die ORF-Kunden! Versprochen!

Hauswirth



Ein Star mit Herz und Tatkraft: Seit 20 Jahren steht Marika Lichter für den Verein „Wider die Gewalt“.

Informationen sind unter www.orf-publikumsrat.at abrufbar.

Wahl zum
Publikumsrat
des ORF 2010

KULTUR

Gratis ins Museum

Seit 1. Jänner 2010 gibt es für alle bis 19 Jahre den Gratis-Eintritt in die Bundesmuseen – Ein kulturpolitischer Meilenstein.



Zusammen mit dem Gratis-Eintritt wird es auch eine Vermittlungsoffensive, z.B. spezielle Führungen, für Schülerinnen und Schüler geben.

der ersten Führung einer Schulklassen durch das Technische Museum im Rahmen des Gratis-Eintritts besonders darüber, dass das von ihr mit Jahresbeginn gestartete Projekt den Anstoß für weitere Folgeaktionen in anderen Museen in Wien gegeben hat.

In der Vergangenheit sind Museumsbesuche oft an den Eintritt gescheitert. „Mit der Aktion ist diese Barriere gefallen und keine Schulklasse muss in Zukunft einen Museumsausflug absagen, weil die Eltern mancher Kinder keinen Eintritt zahlen können oder wollen“, sagte Claudia Schmied. Die Kulturministerin freute sich bei

FINANZEN

Österreichische Nationalbank wieder in Staatsbesitz

Die Umsetzung dieser langjährigen SPÖ-Forderung ist ein wichtiger Schritt. Ein neues Bankeninsolvenzrecht und die Abschaffung der Spekulationsfrist müssen folgen.

Zufrieden zeigt sich SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer über die Zustimmung vom Koalitionspartner zum SPÖ-Vorschlag, die Österreichische Nationalbank (OeNB) vollständig zu verstaatlichen. „Die Vollverstaatlichung ist ein erster Baustein für eine neue Finanzarchitektur, in der der Markt den Menschen dient und nicht umgekehrt“, erklärt Krainer. Er betonte, dass die SPÖ bereits am 24. September 2009 im Rahmen der Parlamentsenquete „Sozialdemokratische Antworten auf die Krise“ eine Vollverstaatlichung der OeNB vorgeschlagen hat, um mögliche Interessenskonflikte der Eigentümervertreter in der Bankenaufsicht zu beseitigen.

Spöla



Für SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer ist die Verstaatlichung der OeNB ein erster wichtiger Schritt zu einer neuen Finanzarchitektur.

MEDIEN

Stolzes Jubiläum: 30 Jahre „INTERNATIONAL“

Die Zeitschrift „INTERNATIONAL“ feiert drei Jahrzehnte kritische Berichterstattung zur internationalen Politik.



Es war Anfang 1979, zu einer Zeit also, da Österreich aufgrund der mutigen und visionären Politik Bruno Kreisky in vielerlei Hinsicht internationaler Trendsetter war, als einige aus der sozialistischen Jugendbewegung kommende Freundinnen und Freunde den Beschluss fassten, eine Zeitschrift zu gründen: INTERNATIONAL. Das Redaktionsprogramm war einfach, angesichts der bürgerlichen Dominanz in den meisten damaligen Medien, aber mutig und riskant: Es sollten Probleme der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen behandelt werden, also Themen, die man in den Mainstream-Medien kaum findet – und wenn doch, dann einseitig verzerrt.

Eine stolze Bilanz: 129 Hefte, 5.748 Seiten

Es war ein parteiisches Projekt, frei nach dem Motto „Überall, wo Schwache unterdrückt werden, auf deren Seite stehen!“ –

und es lief gut. Trotz mancher personeller Engstellen wurden die Ausgaben zumeist pünktlich fertig gestellt. In manchen Jahren wurden statt der geplanten vier Hefte gar fünf oder sechs herausgebracht. Daraus ergibt sich – exakt 30 Jahre danach – eine stolze Bilanz: Bis dato wurden insgesamt 129 Hefte mit einem Gesamtumfang von 5.748 Seiten produziert.

Von A wie Arafat bis V wie Vranitzky

Die Autorinnen und Autoren bzw. Interviewpartner können sich sehen lassen. Die Liste reicht von A wie Arafat über B wie Brandt und Busek, C wie Cardenal, K wie Kreisky, L wie Lanc und Lunacek, P wie Pahr, Peres, Plassnik und Prodi, T wie Tutu, V wie Van der Bellen, Verheugen und Vranitzky bis zu W wie Wiesner.

Vor wenigen Tagen ist mit Heft 4/09 der 30. Jahrgang abgeschlossen worden. Das Heft bietet auf 72 Seiten eine Vielzahl an wichtigen und interessanten Beiträgen. Da kommen etwa einige der „Pioniere“ von INTERNATIONAL zu Wort: Maria Jonas zur Frauenpolitik, Fritz Edlinger im Interview mit Außenminister Spindel-

egger und Albrecht K. Konecny zur Europäischen Linken. Angesichts der Vielzahl an Beiträgen fällt es schwer, weitere Empfehlungen zu geben, dennoch seien einige hervorgehoben: Herbert Berger über Sozialismus in Lateinamerika, Federico Nier-Fischer über den Westen und die Dritte Welt, Tariq Ramadan über den Islam in Europa, und Ludwig Watzal über Friedensnobelpreisträger Barack Obama. Kommentare von Heinz Gärtner und Thomas Roithner zur österreichischen Sicherheitspolitik sowie Beiträge von Josef Cap, Alexander Van der Bellen und Herbert Scheibner zur österreichischen Außenpolitik runden das überaus lesenswerte Heft ab.

Die internationale Wirtschaftskrise, die drohende weltweite Umweltkatastrophe, einige höchst bedrohliche regionale Konflikte, vor allem aber auch die ziemlich selektive und unkritische Berichterstattung der meisten österreichischen Medien über Fragen der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen werden dafür sorgen, dass INTERNATIONAL auch in Zukunft die Themen nicht ausgehen werden.

Weitere Informationen unter:

www.international.or.at



INTERNATIONAL – Die Zeitschrift für internationale Politik

Seit 30 Jahren kritische Berichterstattung zu internationalen Themen

Fordern Sie ein kostenloses Probeheft an!

Ich bestelle ☐ ein Inlands-Jahresabonnement à 25 Euro
☐ ein aktuelles Probeheft

Name:

Straße:

PLZ / Ort:

Tel. bzw. E-Mail:

Datum / Unterschrift:

INTERNATIONAL • Anschutzgasse 1 • 1150 Wien • Tel.: 01 5229111 • Fax: 01 5229111-9 • E-Mail: office@international.or.at

Zeitgeschichte

Befreiung

Eine Studentin lebt 1944 im besetzten Budapest: Sie sorgt sich um den Vater und wartet auf die Befreiung der Stadt.

Die Studentin Erzsébet Sós wartet zusammen mit anderen Bewohnern eines Hauses in einem Luftschutzkeller auf die Befreiung der Stadt. Ihr Bericht ist gekennzeichnet durch eine klare, kraftvolle Sprache und manche Ereignisse, wie die Zerstörung der großen Bibliothek ihres Vaters, tragen autobiographische Züge des Schriftstellers, dessen 5.000 Bände umfassende Sammlung während des Krieges vernichtet wurde. Im Keller erwarten die Menschen zusammengepfercht auf eng-

stem Raum die bevorstehende Befreiung und fragen sich zugleich besorgt: „Was werden die Kommunisten wollen, was für eine Art von Ordnung bringen sie, wer wird Herr sein und wer Knecht?“ Aufgrund der genauen Situationsbeschreibung zwingt Márai den Lesern die Erinnerung an die quälenden Berichte aus dem Inferno von Warschau oder dem Untergang von Berlin ins Gedächtnis. Zugleich ergänzt er damit aber die spärlichen Berichte über das Überleben der Zivilbevölkerung. ◆

Reportage

Bilal

Fabrizio Gatti reist als Illegaler namens Bilal von Afrika nach Europa, um zu erzählen, was Flüchtlinge dabei erleiden.

In dem Roman schildert der Journalist die moderne Odyssee der neuen Arbeitsklaven: Von Dakar zieht er mit den Flüchtlingen durch die Sahara. Zusammen durchqueren sie auf klapprigen Lastwägen unter massiven Entbehrungen die Wüste. Immer wieder werden sie dabei von Schleppern und korrupten Polizisten überfallen, die den Flüchtlingen die letzte Habe nehmen.

Es gehört vorausgeschickt, dass Gatti nicht wie die „echten“ illegalen Einwanderer

über das Mittelmeer bis an die italienische Küste gekommen ist, da er kein libysches Visum bekam. Um in das berüchtigte Flüchtlingszentrum im italienischen Lampedusa zu gelangen, sprang er vor der Küste ins Wasser, um als Flüchtling wieder an Land zu treiben.

Der Bericht gibt jeglichen Debatten über illegale Einwanderung ihre menschliche Dimension zurück und stellt sie in den größeren Zusammenhang politischer Verantwortung. ◆

Roman

Am Anfang war die Nacht Musik

Wien, im Jahr 1777: Franz Anton Mesmer soll das Wunderkind Maria Theresia heilen, eine blinde Pianistin und Sängerin.

Hofrat Paradis, der Vater des Kindes, bittet den Arzt, das Mädchen, das bereits vor der Kaiserin aufgetreten ist, zu heilen. Als Mesmer das Kind in sein magnetisches Spital aufnimmt, ist sie zuvor von unzähligen Ärzten fast zu Tode kuriert worden. Mesmer ist überzeugt, ihr endlich helfen zu können und hofft, durch diesen spektakulären Fall für seine „magnetische Methode“ endlich die ersehnte Anerkennung der akademischen Gesellschaft zu erlangen. Auch über ihre gemeinsame tie-

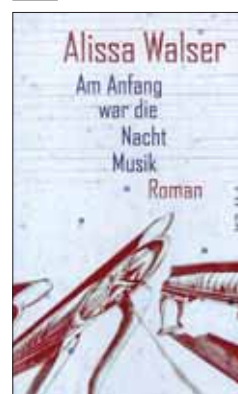
fe Liebe zur Musik lernen Arzt und Patientin einander verstehen. Trotz rasch einsetzender Heilerfolge entfesseln die maßgebenden Köpfe der Zeit einen Aufsehen erregenden medizinischen Skandal. Alissa Walser nimmt in ihrem ersten Roman die Leser auf eine einzigartige literarische Reise mit. Der Roman handelt von Krankheit und Gesundheit, Musik und Wissenschaft, von den fünf Sinnen, Frauen und Männern oder ganz einfach vom Menschsein. ◆

☐ Stk.


Sándor Márai:
Befreiung.
Piper Verlag, München 2010;
194 S., 17,50 €

☐ Stk.


Fabrizio Gatti:
Bilal – Als Illegaler auf dem Weg nach Europa.
Verlag Antje Kunstmann,
München 2010;
457 S., 25,60 €

☐ Stk.


Alissa Walser
Am Anfang war die Nacht Musik
Piper Verlag, München 2010;
252 S., 20,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zu bestellen

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SPÖ-FRAUEN

Gegen Gewalt an Frauen. Opferschutz und schnelle Hilfe!



Die Stadt Wien bietet ein vielfältiges Beratungsangebot für Mädchen und Frauen, die Opfer von Gewalt wurden. Die Maßnahmen werden auch 2010 konsequent fortgesetzt.

„Für viele Frauen und Mädchen ist Gewalt alltägliche Realität. In Österreich wird jede fünfte in einer Beziehung lebende Frau von ihrem Ehemann oder Lebensgefährten misshandelt“, erklärt die Frauensekretärin der SPÖ Wien und Gemeinderätin Nicole Krottsch. Die zentrale Aufgabe verantwortungsvoller Politik ist es, ausreichende Opferschutzeinrichtungen sicherzustellen, rasche und unbürokratische Hilfe anzubieten sowie bestmögliche Unterstützung und Schutz vor Gewaltakten zu gewährleisten. „In Wien sind wir bereits sehr gut aufgestellt. Diese Stadt ist ein Vor-



zeigemodell, was das breite und eng verwobene Gewaltschutznetz betrifft“, betont Krottsch.

Die drei Säulen des Gewaltschutznetzes

Das Gewaltschutznetz gründet auf einem Drei-Säulen-Modell, bestehend aus einem 24-Stunden-Frauennotruf der Frauenabteilung der Stadt Wien, vier Frauen-

häusern und vielen Vereinen, die unterschiedliche Projekte fördern. „Wir müssen unsere Angebote verstärkt bewerben. Frauen und Mädchen sollen ermutigt werden, sich Information, Unterstützung und Hilfe zu holen“, so die Frauensekretärin der SPÖ Wien.

Kampagne „Standpunkte gegen Gewalt“

Die neue Kampagne zielt darauf ab, das Thema „Gewalt gegen Frauen“ noch stärker ins öffentliche Bewusstsein zu heben sowie jede und jeden zur Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt aufzurufen. Auch die Selbstbestimmtheit für Mädchen und Frauen zu fördern ist 2010 ein großes Thema. Dazu zählen die Themen „Aufbrechen von Rollenstereotypen“ sowie „Mädchenberufe“, welche mit Initiativen wie dem Töchtertag unterstützt werden. ♦

NIEDERÖSTERREICH

Verbesserungen für Pendler



Infrastrukturministerin Doris Bures und LHStv. Sepp Leitner beraten über die NÖ-Nebenbahnen und Verbesserungen für Pendler.

Ein dichter Fahrplan und Verbesserungen der Nahverkehrsleistungen sind das, was die niederösterreichischen Pendler einfordern. „Seitens des

Ministeriums liegt bereits ein faires Angebot zur Abgabe einiger wichtiger Nebenbahnen in die Hoheit des Bundeslandes Niederösterreich sowie notwendiger Verbesserungen im Fahrplanangebot der ÖBB, also der Finanzierung wichtiger zusätzlicher Nahverkehrsleistungen für die Pendler, vor“, so NÖ-Landeshauptmannstellvertreter Leitner. Darin ebenfalls enthalten ist ein 150-Millionen-Euro-Investitionsprogramm in Neben- und Schmalspurbahnen. ♦



Zimmer

SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Sepp Leitner aus Niederösterreichs

VORARLBERG

Mirjam Jäger möchte Schulschiwochen fördern



SPÖ-Abgeordnete Mirjam Jäger möchte mit einem Antrag an die Landesregierung die Attraktivierung und Forcierung von Schulschikursen bzw. Wintersportwochen erreichen.

Zum einen soll dadurch die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler gehoben und zum anderen ein Anstoß für den heimischen Wintertourismus gegeben werden. „Studien belegen, dass Jugendliche, die an Schulschikursen teilgenommen haben, sich nicht nur körperlich besser fühlen, sondern auch selbstsicherer geworden sind und von einer so-



SPÖ Vorearlberg

SPÖ-Abgeordnete Mirjam Jäger

zial besseren Eingebundenheit berichten“, erklärt Jäger. Die jeweils ressortzuständigen Bundesminister sollen sich mit Vertretern der Tourismus- und Sportwirtschaft in Verbindung setzen, um Maßnahmen zur Attraktivierung von Schulschikursen bzw. Wintersportwochen zu erarbeiten. Dabei sollte jeder Schüler zumindest einmal in der Pflichtschulzeit in den Genuss eines Schulschikurses kommen. ♦

BURGENLAND

Massive Investitionen sorgen für positive Wirtschaftsprognosen



Die kräftigen Investitionen der SPÖ-geführten Bundesregierung sorgen im Burgenland für relativ gute Wirtschaftsprognosen, freut sich Landeshauptmann

Hans Niessl bei einer gemeinsamen Pressekonzferenz mit Bundeskanzler Werner Faymann.

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat „zur richtigen Zeit, in einer Zeit der Wirtschaftskrise, die richtigen Maßnahmen gesetzt“, daher liege Österreich europaweit an zweiter Stelle bei den Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten, betonte Niessl bei der SPÖ-Präsidiumsklausur in Bad Tatzmannsdorf. Das Burgenland nimmt in manchen Bereichen Spitzenpositionen ein und hat massive Unterstützung des Bundes erhalten, so Niessl. Der burgenländische Landeshauptmann bedankte sich bei Bundes-

kanzler Werner Faymann und seinem Regierungsteam für die gute Zusammenarbeit, die vor allem den Burgenländerinnen und Burgenländern zu Gute kommt.

Weitere Investitionen folgen

Auch im Jahr 2010 wird sich im Burgenland einiges tun. So hat man zusammen mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer auch für dieses Jahr ein Jugendbeschäftigungspaket vorgesehen, das jedem arbeitslosen jungen Burgenländer die Möglichkeit bietet, durch die Ausbildungsgarantie in ein Ausbildungsprogramm zu kommen. Aus den sozialdemokratisch geführten Ressorts Verteidigung, Bildung und Infrastruktur kommen weitere Projekte in Millionenhöhe. Als Beispiele führte Niessl den Ausbau der HTL in Eisenstadt und den Ausbau des Gymnasiums in Neusiedl am See, die In-



Lehmann

Landeshauptmann Hans Niessl:
„Die Zusammenarbeit mit dem Bund ist wichtig und notwendig.“

vestition in den Truppenübungsplatz Bruckneudorf und den Ausbau des Schienen- und Straßennetzes an. Auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist das Burgenland unter den Spitzenreitern: Denn das Burgenland hat – nach Wien – den zweitniedrigsten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. ♦

JUNGE GENERATION WIEN

Das Spieleturnier, das Grenzen überwinden will



Die Junge Generation Wien möchte Menschen mit und ohne Migrationshintergrund die Möglichkeit geben, sich kennenzulernen und voneinander zu lernen.

SPIELende Integration

3 Spiele unterschiedliche Kulturkreise MitspielerInnen pro Team

WAS?
Backgammon | Tablić | Schnapsen

WANN?
Einlass ab 14.30 Uhr
Spielbeginn ab 15.00 Uhr
Turnierbeginn 15.00 Uhr

WO?
Sa, 30. Jänner 2010 | Restaurant Beograd
Schikanedergasse 7 | 1040 Wien

Das grenzenlose Spieleturnier

Herstellung und Vertrieb: www.junge-generation-wien.at

Beim Turnier selbst werden drei Spiele gespielt: Backgammon, Tablić und Schnapsen. Ein Team besteht aus drei Mitgliedern, die jeweils ausgelost werden. Damit jedes Team eine faire Chance

auf den Gewinn hat, müssen alle drei Spiele gespielt werden – am erfolgreichsten wird jenes Team sein, das am besten miteinander kommuniziert und so die Grundidee des Turniers bestmöglich umsetzt. Das erste Spieleturnier der JG Wien findet am Samstag, den 30. Jänner 2010 im Restaurant Beograd (Schikanedergasse 7, 1040 Wien) statt. Beginn: 14.30 Uhr ♦

NIEDERÖSTERREICH

Eltern-Kind-Zentrum „Regenbogen“ eröffnet



Die Kinderfreunde

Für die Kinderfreunde Niederösterreich stehen die Bedürfnisse der Kinder und ihrer Eltern im Vordergrund.

Das Besondere am Eltern-Kind-Zentrum „Regenbogen“ ist sein Angebot mit integrativem Schwerpunkt: „Die Kleinsten lernen im Eltern-Kind-Zentrum 'Regenbogen', dass es andere Kulturen, andere Sprachen und andere Hautfarben gibt. So verlieren sie die Angst vor dem ‚Fremden‘, die bei vielen Erwachsenen vorhanden ist“, erklärt Kinderfreunde-Landesvorsitzender Andreas Kollross. ♦



Kinderfreunde

Bei der Eröffnung:
Stadtrat und Bezirksvorsitzender der Kinderfreunde St. Pölten, Robert Laimer, die pädagogische Leiterin Andrea Kloibhofer, Kinderfreunde-Landesvorsitzender Andreas Kollross.



picasa webalbums

Strengere Regeln für Banken

Helene Schubert, Ökonomin in Wien, plädiert für strengere Regulierungsmaßnahmen für den Finanzsektor, um das Risiko weiterer Finanzkrisen zu verringern.



- Bilderbox
- » So könnte im Rahmen der Baseler Eigenkapitalvorschriften die erforderliche Eigenmittelquote mit der Bilanzsumme bzw. mit dem Grad der Systemrelevanz steigen. Darüber hinaus sollten im Aufschwung Risikopolster aufgebaut werden, die dann im Krisenfall aufgebraucht werden. Ebenso wird darüber diskutiert, zusätzlich zur erhöhten Eigenmittelanforderung eine verpflichtende Verschuldungsgrenze einzuführen.
 - » Ein Vorschlag, der vom Sachverständigenrat in Deutschland favorisiert wird, ist es, von systemrelevanten Banken eine Risikoabgabe einzuhoben. Damit würde ein Stabilitätsfonds gespeist, der für zukünftige Bankenrettungsmaßnahmen zur Verfügung stehen sollte.
 - » Ein (grenzüberschreitend gültiges) Insolvenzrecht für Banken, in dem letztlich Aktionäre und die Inhaber nachrangiger Schuldtitel die Verluste tragen, könnte ebenso aufgrund des Wegfalls der impliziten Garantie der Steuerzahler einen Beitrag dazu leisten, dass internes Risikomanagement besser funktioniert.

„Dass die Finanztransaktionssteuer geprüft wird, ist dem Einsatz der europäischen Sozialdemokratie und insbesondere der SPÖ zu verdanken.“

Die Aussicht auf eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft wird durch eine Reihe von Risiken, die die Weltwirtschaft derzeit bedrohen, gedämpft. Ein Aspekt dabei ist der Umstand, dass der Finanzsektor seine berüchtigten Geschäftspraktiken weitgehend risikolos ungebrochen fortführt und damit die Saat für die nächste Krise sät.

Anreize zum Eingehen von exzessivem Risiko werden vor allem dadurch geschaffen, dass die systemischen Banken über

eine implizite Garantie des Staates verfügen, für die keine Gebühr zu bezahlen ist. Das Verursacherprinzip ist ausgeschaltet, die unmittelbaren Krisenkosten werden auf die Steuerzahler abgewälzt, wenn es wieder einmal darum geht, eine systemrelevante Bank mit Steuergeldern aufzufangen. Nicht nur die Größe der Bilanzsumme ist für Systemrelevanz entscheidend, sondern auch die wechselseitigen Abhängigkeiten, die gegenseitigen, oft grenzüberschreitenden Verflechtungen, die die Finanzinstitutionen wenig überschaubar werden lassen, nicht nur für die Aufseher, Eigentümer, Konkurrenten und Steuerbehörden, sondern vor allem für das Management selbst.

In der Regulierungsdiskussion wurden verschiedene Vorschläge aufs Tapet gebracht.

All diese Vorschläge vertrauen darauf, dass Anreize geschaffen werden, mit Risiken verantwortungsvoll umzugehen. Diejenigen, die diese Wirkung bezweifeln, fordern das Aufbrechen von großen Banken, die die Politik in Geiselhaft nehmen. Bis jetzt wurden nur bescheidene Fortschritte erzielt: So wurde der IWF beauftragt, Vorschläge für eine Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten zu machen. Dass auch die Finanztransaktionssteuer geprüft wird, ist dem Einsatz der europäischen Sozialdemokratie und insbesondere der SPÖ zu verdanken. ♦

Dr. Helene Schubert ist Expertin für den internationalen Finanzmarkt und als Ökonomin in Wien tätig.

Das Spiel braucht Regeln



Das (Glücks-)Spiel ist Teil unserer Unterhaltungs- und Freizeitaktivitäten. Seit es Menschen gibt, suchen und finden sie Ablenkung und Vergnügen beim Spielen. Glücksspiele bergen für rund 0,5 - 1 Prozent der KundInnen das Risiko, in ein nicht mehr kontrollierbares Verhalten abzugleiten, das zu Problemen führen kann (*Quelle: Anton Proksch Institut*). **Effektiver SpielerInnen- und Jugendschutz** ist daher das Gebot der Stunde.

Der Betrieb von Glücksspielen außerhalb von Spielbanken ist in vier Bundesländern reguliert, im Rest Österreichs verboten. Bei mehr als **8.000 illegalen Spielautomaten** (*Quelle: Kreutzer, Fischer & Partner, August 2009*) in den fünf Verbotsbundesländern ist SpielerInnen- und Jugendschutz nicht möglich.

Gesetzliche Rahmenbedingungen sind zu optimieren

Der Gesetzgeber (auf Bundes- oder Landesebene) ist aufgerufen, einen tragfähigen und ordnungspolitischen Rahmen zu erstellen, der Rechtssicherheit bietet, wodurch sowohl wirksamer Jugend- und SpielerInnenschutz als auch berechnete Marktinteressen berücksichtigt werden. Gegen illegale Anbieter muss rigoros vorgegangen werden. Gesetzliche Verbote haben sich als unwirksam erwiesen, daher müssen die bestehenden Rahmenbedingungen im Sinne eines **streng regulierten Marktes** verbessert werden, wofür Novomatic seit Jahren als weltweit führendes Glücksspielunternehmen eintritt.

Verantwortungsvolles Automatenspiel – Novomatic als Vorreiter

Novomatic ist sich als internationaler Glücksspielkonzern mit Sitz in Österreich dieser großen Verantwortung bewusst, und hat gezielt Schritte gesetzt, um rechtzeitig möglichen negativen Folgen vorzubeugen, damit der Unterhaltungscharakter des Spiels gewahrt bleibt.

Niederösterreich macht es vor – die Novocard™

In Niederösterreich zeigt Novomatic bereits jetzt einen Weg vor, wie ein wirkungsvolles Kontrollsystem im Automatenspielbereich aussehen kann. Durch ein europaweit einzigartiges und **innovatives Zutrittssystem** in Automatensalons werden höchste Sicherheitsstandards für potentiell gefährdete SpielerInnen und Jugendliche gewährleistet.

Jugendschutz



Das Betreten des Automatensalons ist ausschließlich über eine Zugangskontrolle möglich, deren Sperrvorrichtung nur mittels gültiger „Novocard™“ geöffnet werden kann. Die Novocard™ ist eine personalisierte Membercard mit Chip, die man ausschließlich nach Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises erhält – **Jugendliche und Minderjährige sind somit vom Spiel ausgeschlossen.**

Spielerschutz



SpielteilnehmerInnen, die durch exzessives Spielen auffallen, werden durch das Novomatic-Ampelsystem beobachtet und mit umfassender Information und Beratung unterstützt. In letzter Konsequenz wird ein **Zutrittsverbot** ausgesprochen oder dem Gast auf Wunsch die Möglichkeit eines **freiwilligen Zutrittsverzichts** gegeben.





Rauchfangkehrer überbrachten Kanzler Faymann Neujahrswünsche

Schwarze Männer und Frauen, die Glück bringen – das sind gern gesehene Gäste. Kurz vor Jahreswechsel besuchten die Rauchfangkehrer Bundeskanzler Werner Faymann und überbrachten ihre herzlichen Neujahrswünsche.

Sternsinger bei Staatssekretär Ostermayer

Die Sternsinger der Pfarre Krim aus Wien waren zu Besuch bei Staatssekretär Josef Ostermayer. Ganz der Tradition entsprechend gab es dann von den Sternsängern Weihrauch als Geschenk.



Wiener Eistraum feiert 15-jähriges Jubiläum

Auch heuer wird es vor dem Wiener Rathaus wieder spiegelglatt, wenn am 21. Jänner der „Eistraum“ seine Pforten öffnet. Die Eislandschaft ist diesmal fast 5.600 Quadratmeter groß und damit „die größte mobile Eislandschaft der Welt“, sagt der Wiener Stadtrat Christian Oxonitsch.



Freier Museumseintritt für Kinder und Jugendliche

Das lässt die Herzen von wissbegierigen Kindern höher schlagen: Seit 1. Jänner können Jugendliche bis 19 Jahre gratis die Bundesmuseen besuchen. Kulturministerin Claudia Schmied führte aus diesem Anlass zusammen mit Direktorin Gabriele Zuna-Kratky eine Schulklasse durchs Technische Museum.



IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a. Alexandra Bärthl, Mag^a. Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag^a. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a. Andrea Schmidt, Susanne Vockenhuber
Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Coverfoto: Lehmann, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH., 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at